

## Fraktionen tauschen ihre Auffassungen zum Jugendstrafvollzug aus

# Sozialer Dienst hilft jugendlichen Tätern auf den richtigen Weg zurück

Die Plenardebatte über den Antrag der SPD-Fraktion zur Weiterentwicklung des Jugendstrafvollzugs (Drs. 9/1571) am 6. Mai 1982 nutzten SPD und CDU zum Austausch ihrer unterschiedlichen Auffassungen über Sinn und Ziel staatlichen Strafens bei Jugendlichen und Heranwachsenden. Nach dieser Debatte wurde der Antrag einstimmig zur weiteren Beratung an den Justizausschuß überwiesen.

**Maria Jammes** (SPD) begründete den Antrag ihrer Fraktion. Er fordere keine umwälzenden Neuerungen vor allem aus Rücksicht auf das öffentliche Bewußtsein, das von der Maxime bestimmt sei „Strafe muß sein“. Zwei Drittel der Jugendlichen in den Strafvollzugsanstalten seien ohne Hauptschulabschluß, viele kämen aus Heimen oder stammten aus problematischen Familienverhältnissen. Sie hätten nur geringe Chancen, ihre Persönlichkeit in Freiheit zu entfalten. „Aber die Jugendstrafanstalten sind kein geeigneter Ort, um diese freie Entfaltung der Persönlichkeit nachzuholen“, betonte die Abgeordnete. Für die bis zu 100 heranwachsenden weiblichen Untersuchungs- und Strafgefangenen, die es im Lande gebe, forderte Frau Jammes eine eigenständige Anstalt; zumindest aber sollten für die weiblichen Jugendlichen eigenständige Abteilungen in den Jugendstrafabteilungen für männliche Jugendliche eingerichtet werden. Zusammenfassend erklärte die Abgeordnete: Der Antrag ihrer Fraktion solle den Freiheitsentzug verringern und statt dessen mehr Jugendhilfe bieten. Statt Jugendliche einzusperren, sollte man erzieherisch auf sie einwirken können, um ihnen Orientierungsmöglichkeiten für ihr Erwachsenwerden zu bieten.

**Elsbeth Rickers** (CDU) bemängelte am Antrag der SPD-Fraktion Leerformeln und Appelle. Er entwickle keine konkreten Vorstellungen, es fehle ihm jeder Bezug zu Realität und Praxis. Es sei in ihren Augen weniger das Problem, die Zahl der Jugendlichen, die im Jugendarrest sind, zu senken; vielmehr sollte der Jugendarrest so gestaltet werden, daß Jugendstra-

fe verhindert wird: „Mir ist lieber, wenn mehr Jugendliche im Jugendarrest sind und nachher nicht in die Jugendstrafanstalten müssen.“ Zur Untersuchungshaft meinte die Abgeordnete, daß in ihr die Jugendlichen von den erwachsenen Untersuchungshäftlingen getrennt werden sollten. Frau Rickers lehnte eine zentrale Anstalt für weibliche Jugendliche ab; die Probleme mit der Entfernung und den Besuchen würden in einer solchen Einrichtung zu groß. Man könne in dem Antrag der SPD zwar einige gute Ansatzpunkte finden, aber „die CDU-Fraktion legt Wert darauf, daß der Jugendstrafvollzug so gestaltet wird, daß an junge Menschen auch Anforderungen gestellt werden, die im Leben ohnehin auf sie zukommen und denen sie dann auch entsprechen müssen“, schloß die Abgeordnete.

**Paul Krings** (SPD) plädierte dafür, von der die Jugendlichen abstempelnden Jugendstrafe abzusehen und stärker von der Möglichkeit des Sozialdienstes Gebrauch zu machen. Durch den Einsatz in sozialen Einrichtungen könne man die Sanktion eher an der Tat orientieren; für den Jugendlichen böte der Sozialdienst die Chance zum sozialen Lernen, während der Arrest meist nur passiv abgesessen und Geldstrafen von Eltern und Verwandten übernommen würden. Krings: „Vor allem für kontaktgestörte oder sozial wenig integrierte Täter kann es eine wertvolle Erfahrung sein, in engen Kontakt zu Mitgliedern der Gesellschaft zu kommen, die in besonderem Maße auf die Hilfe und die Unterstützung anderer angewiesen sind.“ Der Zeitverlust, der mit dem Sozialdienst verbunden sei, habe eine nicht zu unterschätzende Denkmittelwirkung.

**Hans Wagner** (CDU) bemängelte, daß im SPD-Antrag nichts über die Finanzierung der geforderten Einrichtungen zu finden sei. Einzig konkreter Punkt sei der Kurzarrest; hier herrsche Einigkeit, daß man es nicht zulassen könne, wenn Jugendlichen die Freiheit entzogen werde, ohne daß jemand da sei, der sich um sie kümmere. Im gesamten Strafvollzug sei die wichtigste Voraussetzung für eine Reform die personelle Ausstattung. Hier übte der Abgeordnete Kritik an der Landesregierung, die 1981 und 1982 keine neuen Stellen für den Strafvollzug vorgesehen habe; die für 1983 geplanten 23 zusätzlichen Stellen seien durch die soeben verkündigte einprozentige Personalsperre auch wieder in Gefahr.

**Albert Klütsch** (SPD) zog einen Vergleich: Während in der Bundesrepublik auf 100000 Einwohner 55 Strafgefangene kommen, seien es in den Niederlanden



Maria Jammes (SPD)

ganze 11. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, Abschaffung des Kurz- und Freizeit-arrests bis hin zur Abschaffung des Jugendarrests, seien bedenkenswert. Gemeinnützige Arbeit statt Arrest sei ebenfalls ein wichtiger Gesichtspunkt. Gerade für ausländische Jugendliche seien die sozialen Trainingskurse eine interessante Alternative zum Strafvollzug. Klütsch: „Maßnahmen wie diese sind geeignet, uns ein neues Verhältnis auch zu jener Jugend zu verschaffen, die heute zu uns sagt: Ihr macht uns keine Zukunft mehr.“

**Justizministerin Inge Donnepp** (SPD) erklärte zur Personalsituation im Strafvollzug, daß in den letzten zehn Jahren in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Psychologen, Sozialarbeiter und Pädagogen mehr als verdoppelt worden ist; auch die Zahl der Mitarbeiter im Werkdienst und im allgemeinen Vollzugsdienst sei erheblich gesteigert worden. „Vieles von dem, was der Landesregierung wünschenswert erscheint, wird sich jedoch im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage kurzfristig nur schwer verwirklichen lassen“, fuhr die Ministerin fort. Das gelte vor allem für bauliche Maßnahmen und Personalvermehrung.



Elsbeth Rickers (CDU)



Justizministerin Inge Donnepp (SPD)

Fotos: Tüßelmann